

Modernisierung der Berufsbildung

Frühjahrstagung 2007 der Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik der DGfE
Universität Zürich, 4. – 6. März 2007

Eröffnungsvortrag

Dr. Emil Wettstein, Zürich¹

Für eine Tagung zur „Modernisierung der Berufsbildung“ sind Sie in der Schweiz am richtigen Ort, denn das revidierte, vor drei Jahren in Kraft getretene vierte Bundesgesetz über die Berufsbildung wird offiziell als "Motor für die Modernisierung der Berufsbildung“ bezeichnet und das Bundesamt für Berufsbildung stellt in seinem Leitbild fest: „Wir gestalten die Modernisierung der Berufsbildung mit.“ Konkret ist dann die Rede von neuen Berufsbildungsmodellen, der Flexibilisierung der Lehre, Qualitätsstandards und flexiblen Rahmenbedingungen.

Da wäre nun zu fragen, Was geschieht konkret? Wie wird die Schweizer Berufsbildung modernisiert und nach welchen Grundsätzen geschieht dies?

Ich will es gleich vorweg nehmen – niemand will hier die Berufsbildung auf den Kopf stellen, im Gegenteil, die traditionelle Ausrichtung bleibt strikte erhalten.

Kontinuierliche Entwicklung seit 1884

Und damit bin ich bereits bei einem Punkt angelangt, der mich immer wieder in Verwunderung setzt: Unser Berufsbildungssystem wurde im Jahre 1884 geschaffen und hat sich seither kontinuierlich entwickelt, ohne Brüche. Seit 100 Jahren wird es zwar laufend modernisiert jedoch ohne an den grossen Linien etwas zu ändern. Dabei blieb seine Attraktivität ungebrochen, mindestens bei den Politikerinnen und den Politikern sowie bei den Wirtschaftsverbänden.

Wie kam es damals zu diesem wahrhaft nachhaltigen Modell?

In den 80er-Jahren des 19. Jahrhunderts ging es der Schweiz miserabel. Ausgelöst durch Liberalismus, Freihandelsverträge und erste Eisenbahnen erlebte die Schweiz einen ersten Schub von Globalisierung oder mindestens von Europäisierung. Und diese Entwicklung erwischte die Schweiz auf dem falschen Fuss: Die Wirtschaft war der internationalen Konkurrenz in vielen Bereichen nicht gewachsen. Kleinere und mittlere Betriebe brachen zusammen, Armut und Arbeitslosigkeit breiteten sich aus.

Das eidg. Parlament beschloss eine Qualifizierungsinitiative, wie wir heute sagen würden. Die berufliche Weiterbildung wurde erstmals staatlich gefördert, vor allem aber suchte man nach einem Qualifizierungsmodell für den beruflichen Nachwuchs.

¹ Dr. Emil Wettstein, Berufsbildungsprojekte Dr. Emil Wettstein GmbH
Girhaldenweg 8, CH-8048 Zürich, ewettstein@bbprojekte.ch

Die entscheidenden Impulse kamen dabei vom Königreich Baden-Württemberg, das bereits ein duales Modell kannte. Gleichzeitig wurden aber auch Ideen aus Frankreich übernommen, wo bereits Napoleon Bonaparte ein schulisches System zur Heranbildung der "Unteroffiziere der Industrie" geschaffen hatte.

1884 verabschiedete dann das eidgenössische Parlament ein Konzept, das eine duale Berufslehre vorsah, in dem aber auch vorschulische Ausbildungsformen ihren Platz fanden.

Seither hat sich dieses System ohne grössere Brüche entwickelt. Das duale Modell setzte sich durch, daneben entwickelten sich aber auch Vollzeitausbildungen, vor allem im französisch sprechenden Teil der Schweiz. In den Kantonen Genf und Neuenburg absolvieren heute bis zur Hälfte der Berufslernenden ihre berufliche Grundbildung in Vollzeitschulen. Es handelt sich um Handelsschulen, Einrichtungen für die Touristik und sog. öffentliche Lehrwerkstätten (Ecoles des métiers).

Heute sind die Ursprünge aus dem 19. Jahrhundert noch bis in die konkrete Umsetzung sichtbar, beispielsweise bei der Organisation des Berufsfachschulunterrichts, bei der Dauer der Ausbildung und bei der Organisation der Lehrabschlussprüfungen.

Einführung eines dritten Lernortes

Die wichtigste Veränderung des ursprünglichen Konzepts liegt in der Ergänzung des dualen Systems durch einen dritten Lernort. Im neuen Berufsbildungsgesetz ist er nun endgültig festgeschrieben, indem die berufliche Grundbildung dort als Bildungsmaßnahme an drei Lernorten definiert wird.

Allerdings, es sind drei Lernorte von unterschiedlicher Bedeutung: Im Vordergrund steht nach wie vor der Betrieb, ergänzt durch ein bis zwei Tage Unterricht an Berufsfachschulen. Die Ausbildung am dritten Lernort beschränkt sich in sehr vielen Berufen nach wie vor auf ein bis drei Wochen. In manchen modernen Berufen nimmt er aber bis zu einem Jahr in Anspruch.

Der dritte Lernort ist weit gehend selbständig und nicht nur eine Ergänzung der betrieblichen Ausbildung. Die Zielsetzung ist in speziellen Dokumenten geregelt und die Trägerschaft unterscheidet sich von derjenigen der Betriebe und der Berufsfachschulen. Der Unterricht erfolgt nach einer eigenen Didaktik und vielfach mit speziellem Ausbildungspersonal, dessen Professionalisierung voll im Gange ist.

Lehrstellenangebot im Zentrum des Interesses

Diese Entwicklung erfolgt jedoch eher abseits des allgemeinen Interesses. Die Thematik, die am meisten diskutiert wird, ist – wie überall im deutschsprachigen Europa – die Verknappung des Lehrstellenangebots. Dabei läuft eine heftige Auseinandersetzung, ob das Problem im Mangel an Lehrstellen bestehe oder in der mangelnden Berufswahlreife der Jugendlichen.

Wie dem auch sei – Behörden und Verbände haben es geschafft, den Rückgang des Lehrstellenangebots aufzuhalten. Es mag typisch für die Schweiz sein, dass dies vor allem mit Appellen an Verantwortung und Solidarität geschehen ist. Ob dies auf die Länge genügt, sei dahin gestellt.

Lehrbetriebs- und Ausbildungsverbände

Nachhaltiger dürften Massnahmen wie die Weiterentwicklung der Lehrbetriebsverbände sein. Seit vielen Jahren kommt es vor, dass sich zwei, drei Betriebe bei der Ausbildung ihrer Lehrlinge gegenseitig unterstützen und eine gewisse Arbeitsteilung eingeführt haben. Neu ist, dass solche Modelle heute aktiv gefördert werden. Ihre Zahl entwickelt sich aber recht zögerlich.

Daneben entstehen seit einigen Jahren Organisationen, deren zentraler Zweck das Management von Ausbildungsverhältnissen ist. Solche "Ausbildungsverbände" stellen Jugendliche ein, betreuen sie, übernehmen teilweise die Funktionen des dritten Lernortes und vermitteln die Lernenden dann an Betriebe zur weiteren Ausbildung, wobei diese Betriebe im Laufe der Lehre mehrmals wechseln können.

Anders gesagt: wenn ein Jugendlicher eine Lehrstelle sucht, dann bewirbt er sich nicht nur bei Lehrbetrieben, sondern auch bei Ausbildungsverbänden. Sie bestimmen, wen sie ausbilden wollen, schliessen die Lehrverträge ab, vermitteln allenfalls gewisse Grundlagen und vermitteln die Jugendlichen an einen Betrieb. Die Verantwortung trägt aber weiter der Ausbildungsverbund, der die Jugendlichen betreut und ihnen ihren Lohn bezahlt. Er hat Abkommen mit Betrieben, die sich bereit erklären, Jugendliche für einige Monate oder auch für die ganze Lehrzeit aufzunehmen und ihnen die vorgesehenen Qualifikationen zu vermitteln. Die Betriebe bezahlen die Ausbildungsverbände für ihre Tätigkeit.

Im Sinne der Modernisierungsthese kann dieses Modell als Antwort auf die Tatsache verstanden werden, dass der Planungshorizont der Betriebe sinkt, so dass manche nicht mehr bereit und in der Lage sind, eine drei- bis vierjährige Verpflichtung einzugehen, wie es die Anstellung eines Lehrlings darstellt.

Es ist aber auch eine Form des Outsourcings der Ausbildungstätigkeit. Die ersten Ausbildungsverbände sind entstanden, in dem Grossbetriebe ihre Lehrlingsabteilungen verselbständigt haben. Ohne dass dies weiter aufgefallen wäre, haben inzwischen die meisten Schweizer Grossbetriebe der Industrie aufgehört, selbst Lehrlinge anzustellen und auszubilden. Sie haben ihre Lehrlingsabteilungen in solche Organisationen ausgelagert, die rechtlich selbstständig sind und meist von einer Gruppe von regionalen Unternehmen getragen werden. Sie stellen nun die Jugendlichen an, betreuen sie und senden sie an den ehemaligen Mutterbetrieb und an weitere Firmen der Region in die Ausbildung. Einige Unternehmen, die so die Ausbildungstätigkeit ausgesourct haben, sind ABB, Sulzer, Novartis, Ascocom und die Schweizerischen Bundesbahnen.

So sehr ich die Entstehung von Ausbildungsverbänden als sinnvolle Antwort auf die Veränderung der Arbeitswelt betrachte, so sehe ich doch gewisse Gefahren in diesem Outsourcing. Ich fürchte, dass sich damit die ehemaligen Betriebe in einem gewissen Masse von ihrer Verantwortung entlasten und von der Berufsbildung distanzieren.

Bedeutung der Berufsbildung für die Wirtschaft

Ich frage mich generell, welche Bedeutung die Wirtschaft der beruflichen Grundbildung im Rahmen der Sekundarstufe II noch zumisst. Selbstverständlich wird sie überall als Basis des Schweizer Wohlstands und der Prosperität unserer Wirtschaft bezeichnet. Niemand würde es wagen, ihre Bedeutung in Frage zu stellen. Gleichzeitig stelle ich aber bei

den Wirtschaftsverbänden eine gewisse Verlagerung hin zu anderen Themen fest. Und wenn es noch um Ausbildungsfragen geht, dann vor allem um solche der Hochschulbildung. Letzte Woche gab es beispielsweise eine Diskussion über den Fachkräftemangel in der Maschinen- und Elektroindustrie, die gegenwärtig 9000 Stellen nicht besetzen kann. Dabei war ausschliesslich von Ingenieuren die Rede. Die Betriebe und ihre Verbände betonen zwar immer wieder die Bedeutung der Berufsbildung und loben unser gutes System. Wenn man jedoch genauer hinsieht, was tatsächlich geschieht, so sind dann eben Ingenieure wichtiger als Facharbeiter, Betriebswirtschaftler gesuchter als Kaufleute und auch die Anstrengungen der Verbände und der Politik fokussieren sich auf die Hochschulbildung.

Berufsbildungsfonds

Vergessen wir auch nicht, dass sich an der beruflichen Grundbildung seit Jahrzehnten nur eine Minderheit der Betriebe beteiligt. Die Mehrheit der Betriebe, im Dienstleistungssektor sogar die grosse Mehrheit, bildet keine Jugendlichen aus!

Seit langem wird dies als Ungerechtigkeit empfunden. Man spricht von Trittbrettfahrern. Um diese in die Pflicht zu nehmen, haben zuerst einige Westschweizer Kantone auf kantonaler Ebene Berufsbildungsfonds eingerichtet. Von bürgerlicher Seite wurden und werden sie heftig bekämpft. Als Alternative dazu wird jetzt ein Modell favorisiert, nach dem die Betriebe einer Branche einen gemeinsamen Fonds führen. Seit Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes können solche Fonds obligatorisch erklärt werden. Allerdings geschah dies bisher nur für 9 Fonds.

Ausbildung wirklich eine Belastung?

Ein Ausgleich durch einen Fonds ist aber nur erforderlich, wenn den Betrieben aus der Ausbildung tatsächlich Lasten entstehen. Und genau dies wird heute in Zweifel gezogen. Untersuchungen haben ergeben, dass in vielen Fällen aus der Lehrlingsausbildung ein bescheidener Gewinn entsteht und nicht eine zusätzliche Last.

Dies ist zwar keineswegs neu. In den 50-er Jahren hat der damalige Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes erklärt, das Gewerbe würde nur ausbilden, solange die Ausbildung für die einzelnen Betriebe rentiere. Später kam aber die Zeit, in der dies als Ausnutzung der Jugendlichen betrachtet wurde. In Deutschland rief Wolfgang Lempert aus: "Wer jetzt immer noch unser herkömmliches Lehrlingswesen konservieren möchte, gibt damit nur zu erkennen, dass er Interessen verfolgt, die den Bildungsrechten der Lehrlinge widersprechen."² und auch in der Schweiz gab es Demonstrationen, die sich gegen die "Lehrlingszüchtereien" wandten. In den letzten Jahren hat das Pendel wieder umgeschlagen. Heute spricht man von einer Win-Win-Situation (meiner Meinung nach zu Recht!), dass

² "Wer jetzt immer noch unser herkömmliches Lehrlingswesen konservieren möchte, gibt damit nur zu erkennen, dass er Interessen verfolgt, die den Bildungsrechten der Lehrlinge widersprechen, und dass er nicht bereit ist, sich von rationalen Argumenten überzeugen zu lassen, sondern nur durch politische Macht zum Nachgeben genötigt werden kann."

also ein gewisser Ertrag als wünschenswert betrachtet wird. Gegenwärtig wird vom Bundesamt sogar überlegt, nur noch Berufsausbildungen neu zu reglementieren, bei denen mit einem positiven Ergebnis für die Betriebe gerechnet werden kann.

Für die Teilnehmenden aus Deutschland möchte ich anmerken, dass nach meinen Beobachtungen die Löhne der Lernenden in der Schweiz deutlich geringer sind als in Deutschland, und dass es deshalb zu anderen Kosten-Nutzen-Rechnungen kommt.

Eine weitere Anmerkung kann ich mir nicht verkneifen: Erzielt ein Betrieb tatsächlich einen Ertrag, bedeutet dies, dass die Lernenden die Kosten ihrer Ausbildung durch ihre produktive Arbeit selbst decken. Sie können stolz darauf sein, lassen sich doch ihre Alterskolleginnen und -kollegen, die eine Mittelschule besuchen, die Ausbildung voll vom Staat finanzieren.

Fachhochschulen und höhere Berufsbildung

Wobei wir beim alten Thema "Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung" angelangt wären. Im Nachvollzug von Entwicklungen in anderen Ländern hat vor gut zehn Jahren auch die Schweiz die Fachhochschulen eingeführt. Sie dürften eine der wichtigsten Massnahmen zur Verbesserung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung darstellen, ergeben sie doch neue Möglichkeiten einer Ausbildung auf der Tertiärstufe für Absolventinnen und Absolventen von Berufslehren.

Zwar verfügen wir in der Schweiz auf der Tertiärstufe über ein ausgebautes System von rund dreihundert Prüfungen, die seinerzeit aus den Meisterprüfungen entstanden sind und die bescheinigen, dass jemand über umfangreiche praktische und theoretische Fähigkeiten verfügt, deren Niveau teilweise über die Abschlüsse von andern Ausbildungen der Tertiärstufe hinausreichen. Dies gilt beispielsweise im Bereich der Wirtschaftsprüfung und anderer Controllingfunktionen, wo die entsprechenden Prüfungen nicht nur von Kaufleuten, sondern auch von Hochschulabsolventen abgelegt werden. Es handelt sich bei diesen Prüfungen aber um eine Eigenentwicklung der Schweiz, die im Ausland wenig Anerkennung findet, was gerade im erwähnten Controlling-Bereich ein grosses Problem darstellt. Weiter geht das System von linearen Laufbahnverläufen aus, die je länger je weniger den Normalfall darstellen. So sind die Fachhochschulen und die so genannten Höheren Fachschulen willkommene und wichtige Ergänzungen der Ausbildung im Rahmen der Tertiärstufe. Sie sind ein zentrales Argument, wenn es um die Frage geht, ob Jugendliche eine Berufslehre absolvieren oder ins Gymnasium eintreten sollen.

Massnahmen für Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen

Eine weitere Entwicklung der letzten Jahre ist die Differenzierung des Anspruchsniveaus der beruflichen Grundbildung.

Für schulisch schwache Jugendliche wurde vorerst die sog. Anlehre eingerichtet, eine stark individualisierte Ausbildung, die sich aber nicht durchsetzen konnte. Sie wurde nun durch eine zweijährige Berufslehre abgelöst, die sich durch eine intensive Betreuung der Lernenden durch spezielle Fachleute auszeichnet. Ihr Erfolg lässt sich noch nicht abschätzen.

Für leistungsstarke Jugendliche gibt es seit dreissig Jahren die Berufsmittelschule, in der seit zehn Jahren parallel zur Berufslehre die Fachhochschulreife erworben werden kann, die sog. Berufsmaturität.

Berufslernende können also während der Lehre den Berufsfachschulunterricht auf einem anspruchsvolleren Niveau besuchen und so einen doppelqualifizierenden Abschluss erwerben. Bestehen sie die Prüfungen, bekommen sie neben dem "Eidg. Fähigkeitsausweis" wie andere Berufslernende, zusätzlich die "Berufsmaturität", die eine Zulassung zu Fachhochschulen darstellt, wie die gymnasiale Maturität für die universitären Hochschulen.

Neuerdings erlaubt die Berufsmaturität zudem den Eintritt in einen Kurs, der in einem zusätzlichen Jahr auch den Zugang zu den universitären Hochschulen öffnet, was eine weitere wichtige Durchlässigkeit bedeutet.

Fachmittelschulen

Zwischen der beruflichen Grundbildung und den Gymnasien entstehen zurzeit die so genannten Fachmittelschulen. Sie bereiten berufsfeldbezogen auf den Eintritt in höhere Fachschulen und Fachhochschulen vor und stellen eine interessante Alternative zur beruflichen Grundbildung in Bereichen dar, wo sich die Berufslehre nicht etabliert hat oder nicht mehr genügend Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen.

Die Fachmittelschulen werden von den Vertretern der Berufsbildung mehrheitlich bekämpft. Sie übersehen dabei, dass die Berufslehre, so wie wir sie in der Schweiz kennen, nur einen Teil der modernen Arbeitswelt abdeckt. Es gibt Bereiche, in denen die berufliche Grundbildung herkömmlicher Art nie Fuss gefasst hat oder aus der sie verdrängt wurde. Ich denke beispielsweise an den Wellness-Bereich und an die elektronischen Medien. In andern Bereichen, beispielsweise den Banken, haben sich die Tätigkeiten so stark verändert, dass jugendliche Berufsanfänger nur noch beschränkt eingesetzt werden können. Hier braucht es andere Ausbildungsformen, um einen optimalen Übergang vom Bildungssystem in die Erwerbsarbeit zu realisieren.

Gesundheit, Soziales und Kunst

Bisher habe ich Veränderungen aufgezählt, die vor allem Antworten auf Veränderungen in der Arbeitswelt darstellen. Fast ebenso wichtig ist aber eine Reform der Bundesverfassung, die im Jahr 2000 in Kraft trat. Wie andernorts auch, waren bis zu diesem Zeitpunkt die Ausbildung in den Gesundheitsberufen, diejenige für soziale Berufe und für den künstlerischen Bereich nach eigenen Rechtsgrundlagen geregelt und gänzlich anders strukturiert als die Berufsbildung in Wirtschaft und Verwaltung.

Im Rahmen einer Verfassungsreform bekam im Jahr 2000 der Bund das Recht, auch für die Ausbildung in diesen Bereichen Regelungen zu erlassen.³ Er nutzte dies, um die gewachsenen Strukturen durch solche abzulösen, wie sie in Wirtschaft und Verwaltung üblich sind. Persönlich bin ich der Meinung, dass dabei eine grosse Chance verpasst wurde: Statt dass man versucht hätte, aus den bestehenden Modellen eines zu entwickeln, das die Vorteile aller bisherigen umfasst, wurde beispielsweise

³ Nebenbei: Wie diese Reform zustande kam, würde gut in den Novellenband von Gottfried Keller über die Leute von Seldwyla passen!

die Ausbildung in der Pflege den Regeln der traditionellen Berufslehre angepasst.

Steuerung des Modernisierungsprozesses

Nach der Aufzählung all dieser Veränderungen stellt sich die Frage, wer denn eigentlich diese Modernisierung steuert und nach welchen Konzepten sie erfolgt.

Die Schweizer Berufsbildung basiert auf der Zusammenarbeit von drei Partnern, nämlich dem Bund, den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt, worunter vor allem die Berufsverbände der Wirtschaft zu verstehen sind.

Bei diesen drei Partnern sind es jeweils zwei bis drei Leute, die letztlich bestimmen, was geschieht. So ist es seit vielen Jahren eine Gruppe von höchstens zehn Personen, die die Gesicke der Schweizer Berufsbildung tatsächlich bestimmt.

Ausbau der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Berufsbildung

Der Apparat, der die erforderlichen Entscheide vorbereitet und umsetzt, ist in den letzten Jahren hingegen massiv gewachsen. Das hat zur Folge, dass viele Mitarbeitende die Berufsbildung erst seit relativ kurzer Zeit kennen, oder erst seit kurzer Zeit mit schweizerischen Verhältnissen vertraut sind. Entsprechend gross ist das Bedürfnis nach Informationen. Dies und die generelle Entwicklung zu einer wissenschaftsbasierten Steuerung des Bildungswesens führten zu einem massiven Ausbau der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Berufsbildung.

Bis vor wenigen Jahren führte einzig die Universität St. Gallen ein einschlägiges Hochschulinstitut, das in erster Linie Handelslehrerinnen und Handelslehrer ausbildet.⁴ Im Gegensatz zu Deutschland stand bei der Ausbildung der Berufsfachschullehrer für gewerblich-industrielle Berufsfachschulen ein seminaristisches Modell im Vordergrund, realisiert vom Schweizerischen Institut für Berufspädagogik SIBP.

Lediglich in Zürich gab es an der Universität eine Möglichkeit, Berufsfachschullehrer zu studieren.⁵ Darauf aufbauend wurde nun der erste Schweizer Lehrstuhl für Berufspädagogik geschaffen⁶ und parallel dazu ein Institut aufgebaut, das sich die Konzentration mehrerer Hochschulen im Raume Zürich zu Nutze macht. Seit Anfang Jahr ist zudem das ehemalige Institut für die Ausbildung der Berufsschullehrer des Bundes, das SIBP, zum eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufspädagogik ausgebaut worden, mit Niederlassungen in allen drei Landesteilen.⁷ Parallel dazu entstanden und entstehen sechs so genannte Leading Houses an Universitäten, die sich mit Fragen der Berufsbildung befassen. Weiter ist an den pädagogischen Hochschulen und an den Fachhochschulen reges Interesse an Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung festzustellen, beispielsweise an der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich, an der Fachhochschule Luzern und an der

⁴ Leitung lange Zeit Prof. Rolf Dubs, seit einigen Jahren Prof. Dieter Euler

⁵ Aufgebaut und geleitet vom Referenten, später von Prof. Herman Landolt

⁶ Prof. Philipp Gonon

⁷ Leitung Dr. Martin Wild-Näf

Pädagogischen Hochschule Bern. In der Westschweiz beschäftigt man sich traditionellerweise eher mit Fragen der beruflichen Erwachsenenbildung.

Diese Entwicklung stellt einerseits eine massive quantitative Ausweitung dar, andererseits wurden die Qualitätsmassstäbe neu definiert. Wichtig ist heute die Ausrichtung an internationalen Massstäben der wissenschaftlichen Tätigkeit, währenddem früher mehr die Bedürfnisse der Praxis im Vordergrund standen, was vielleicht auch nicht nur von Nachteil war.

Zukunft

Wie gesagt – der Apparat, der die Berufsbildung steuert, ist sehr stark gewachsen. Ich stelle dabei eine grosse Begeisterung für die Berufsbildung fest, die mich sehr freut, ein grosses Engagement für Modelle, die Bildungswesen und Arbeitswelt miteinander verknüpfen. Es geht ihnen dabei wie es auch mir seinerzeit gegangen ist: Die Möglichkeiten des vorherrschenden Modells, der Berufslehre, werden manchmal etwas überschätzt. Es herrscht die Meinung vor, weil sie sich schon so lange bewähre, müsste sie auch allen Anforderungen der Zukunft gewachsen sein. Wer sich länger damit beschäftigt, sieht vielleicht ihre Grenzen etwas deutlicher. Im Laufe der Zeit entdeckt man auch, dass es in der Welt noch andere Möglichkeiten gibt, der Arbeitswelt einen gut gebildeten Nachwuchs zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig das Begabungspotential der Jugend zu entwickeln.

Wie eingangs erwähnt, umfasst unser Modell Elemente aus dem deutschen, dem französischen und übrigens auch dem italienischen Bildungssystem. Dies ist eine Erklärung für den nachhaltigen Erfolg der Berufsbildung in unserem kulturell heterogen zusammen gesetzten Land. Dieser Hintergrund kann auch Basis für sinnvolle Weiterentwicklungen der Schweizer Berufsbildung sein. Tatsächlich gibt es in der Westschweiz seit einiger Zeit wieder Anstrengungen, „nouvelles formes de partenariats“ zu entwickeln, also alternative Modelle, um zeitgemässe Formen der Umsetzung des dualen oder trialen Systems zu finden. Wir werden nicht darum herum kommen, die Funktionen der drei Lernorte der beruflichen Grundbildung gründlich zu überdenken und auch abweichende Modelle zu studieren, wie sie beispielsweise im Tessin entwickelt werden.

Vor knapp 30 Jahren untersuchte eine Forschergruppe, welche Charakteristiken ein guter Lehrling aus Sicht der Lehrmeister auszeichne.⁸ Sie stellte fest, dass die Lehrmeister von den Jugendlichen viel Engagement und viel Selbständigkeit verlangen. Gleichzeitig wird aber auch erwartet, dass sich die daraus entstehenden Aktivitäten klar in den vom Meister vorgegebenen Grenzen halten.

Mir scheint, dass dies nicht nur für die Entwicklung des einzelnen Lehrlings gilt, sondern ebenso eine gute Metapher ist für die Entwicklung des Schweizer Berufsbildungssystems.

7304 Wt/rh

⁸ Kurt Häfeli, Ueli Kraft, Urs Schallberger: Berufsausbildung und Persönlichkeitsentwicklung : eine Längsschnittstudie / Bern : Huber, 1988